Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

143 (22.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 143 | **Mittwoch, den 22. Juni 1932** | **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Der Länderkonferenz beim Reichsinnenminister am Mittwoch wird überall mit großem Interesse entgegengesehen.

*

England und Frankreich bemühen sich in Lausanne unter dem Druck Amerikas eine Abrüstungsformel zu finden.

*

Einer Aussprache Herriots mit dem amerikanischen Vertreter Gibson zur Abrüstung wird große Bedeutung zugemessen. Ein amerikanischer Abrüstungsvorschlag stößt auf Frankreichs Widerstand.

*

Die Finanzhilfe für Oesterreich scheint durch Frankreich gefährdet zu sein, die Entscheidung soll am Mittwoch fallen.

*

Nach Mitteilungen von deutscher Seite ist die Tributfrage in Lausanne nunmehr in das Stadium unmittelbarer Verhandlungen getreten. Morgen werden dem Präsidenten der Reparationskonferenz, Macdonald, von deutscher, französischer und belgischer Seite die Auffassungen der Regierungen in schriftlicher Form überreicht werden. In allen Konferenzkreisen werden jedoch die Aussichten der Konferenz außerordentlich pessimistisch beurteilt. Es wird bereits der Plan erwogen, die Entscheidung bis zum Oktober zu vertagen.

*

Vom Reichsarbeitsministerium aus ist man bemüht, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine freiwillige Verkürzung der Arbeitszeit in den einzelnen Gewerbezweigen und Betrieben herbeizuführen.

*

Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei beschloß ein selbständiges Vorgehen der Partei bei den Reichstagswahlen.

Lausanne und die Saarfrage

Von Dr. Hüttebräucker-Saarbrücken

Unter der Fülle der politischen Fragen, die erst durch das Versailler Friedensdiktat aufgeworfen wurden und deren baldige Vereinigung ein dringendes Gebot der Stunde ist, nimmt zweifellos die Saarfrage eine ganz besondere Stellung ein. In zweieinhalb Jahren, mit dem 10. Januar 1935, ist die vorgesehene Uebergangszeit verstrichen und die Saarbevölkerung hat über ihr künftiges politisches Geschick abzustimmen. Das Ergebnis kann nicht im mindesten zweifellos sein; mag man auch von französischer Seite noch manche Schiebung versuchen, die Saarbevölkerung wird sich mit einer Mehrheit von über 99 v. H. für Deutschland entscheiden. Das Ergebnis wird so eindeutig sein, daß eine etwaige Teilung, etwa nach dem Muster von Oberschlesien, überhaupt nicht in Frage kommt. Dem muß die Endentscheidung des Völkerbundes ohne irgendeine Einschränkung Rechnung tragen.

Zweifellos wäre es erwünscht, wenn die Wiedervereinigung der Saar mit dem Vaterlande bereits früher erfolgen könnte. Die Voraussetzungen dafür sind zweifellos gegeben. Denn das ganze Saarstatut, das die zeitweilige Abtrennung verfügte, ist nur auf dem Betrug mit den 150 000 Saarfranzosen aufgebaut. Auch auf die Saargruben kann der französische Staat nicht mehr das mindeste Anrecht geltend machen; man sprach sie ihm damals als Ersatz für die angeblich auf ewige Zeiten zerstörten nordfranzösischen Gruben zu; da diese aber mittlerweile restlos wiederhergestellt sind und ihre Friedensförderung sogar überschritten haben, hätte der französische Staat die Saargruben schon längst wieder herausgeben müssen.

So hat Deutschland gewiß das moralische Recht, die sofortige Rückkehr der Saar zum Reich zu fordern; auch rechtlich ließe sich diese Forderung sehr gut begründen. Aber eine Rückgliederung vor 1935 hat nur dann Sinn, wenn dabei von deutscher Seite nicht das geringste Zugeständnis gemacht zu werden braucht, wenn sie also genau so erfolgt, wie sie 1935 mit Bestimmtheit erfolgen wird. Vor allem ist es naturgemäß völlig untragbar, die Saarfrage etwa mit anderen politischen Fragen zu verquicken, um dabei die Saar als Austauschobjekt auszuspielen. Denn es wäre schließlich der reinste Hohn, wenn Frankreich für eine „frühere" Freigabe der Saar irgendwelche Zugeständnisse erhielte, weil es von dem Alpdruck der Volksabstimmung befreit würde! Ebenso unsinnig ist es, wenn Deutschland gegen irgendwelche Zugeständnisse auf einem anderen Gebiete — Zugeständnisse, die doch höchstens eine Anerkennung der tatsächlichen Lage sind — nur das kleinste Recht im Saargebiet aufgeben würde. Die Saar hat die Fremdherrschaft jetzt fast 14 Jahre getragen; sie wird sie auch die kurze Spanne bis 1935 noch willig ertragen, wenn dies im Interesse ihrer eigenen Zukunft notwendig ist. Wenn der Wille der Saarbevölkerung erst einmal durch eine Volksabstimmung klargestellt ist, wird Frankreich keine Ansprüche auf das Gebiet mehr geltend machen können. Dann muß das Gerede von dem halbfranzösischen Saargebiet verstummen. Die Saarbevölkerung, die es gelernt hat, über den Alltag hinauszudenken, läßt sich ihr Recht auf die Volksabstimmung nicht nehmen, zumal dann nicht, wenn dafür noch irgendwelche Zugeständnisse gemacht werden sollen.

Als bei den Verhandlungen um den Youngplan von deutscher Seite darauf hingewiesen wurde, daß bei einer Gesamtbereinigung der Tributfrage auch die Saarfrage im deutschen Sinne geregelt werden müsse, fand diese Forderung auf französischer Seite wenig Gegenliebe. Man erklärte sich lediglich zur Aufnahme gesonderter Saar-Verhandlungen bereit. Diese mußten sehr bald scheitern, weil man in Frankreich im Ernst nicht daran dachte, der tatsächlichen Lage der Dinge Rechnung zu tragen. Um so überraschender ist es, daß jetzt von französischer Seite aus die Verquickung von Reparations- und Saarfrage verlangt wird. Diese Forderung wird von einem französischen Saarverein, der Association Francaise de la Sarre, unter dem Vorsitz des Senators Ordinaire erhoben, des Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im französischen Senat. Dieser Verein verlangt, daß Frankreich als Ersatz für ausgefallene Reparationen für immer seine Hand auf die saarländischen Gruben und Eisenbahnen legen soll. Weiter will man aus dem Saargebiet unter der Herrschaft des Völkerbundes ein bevorzugtes Gebiet deutsch-französischer Zusammenarbeit machen. Das hieße Verewigung der jetzigen Völkerbundsherrschaft, also nichts anderes als verkappte Annexion durch Frankreich.

Der Senator Ordinaire hat seinen Forderungen dadurch noch größeren Nachdruck zu verleihen versucht, daß er sie in einem besonderen Brief dem französischen Ministerpräsidenten mitgeteilt hat. Er verlangt darin einmal, daß in Lausanne Reparations- und Saarfrage miteinander verbunden werden. Weiter weist er darauf hin, die vorgesehene Volksabstimmung habe zur Voraussetzung, daß Deutschland den Gegenwert der Saargruben an Frankreich bezahle. Dazu sei Deutschland jedoch nicht in der Lage. Deshalb sei die Volksabstimmung rechtlich gar nicht möglich und müsse zum mindesten verschoben werden.

Diesen Ausführungen kann nicht scharf genug widersprochen werden. Deutschland muß unter allen Umständen eine solche Verquickung von Reparations- und Saarfrage ablehnen. Der Versailler Vertrag, auf den sich Deutschland ja auch einmal berufen kann, wenn er zu seinen Gunsten lautet, bietet nicht die geringste Handhabe für die Benutzung der Saar als Austauschobjekt. Nirgends ist vorgesehen, daß die Saar als Pfand zu dienen hätte. Was die übrigen Ausführungen angeht, so stehen sie ebenfalls in völligem Widerspruch zum Saarstatut. Darin ist nämlich die Volksabstimmung an keinerlei Bedingungen geknüpft. Ohne das Einverständnis Deutschlands kann der vorgesehene Termin gar nicht abgeändert werden. Daß Deutschland einer Hinausschiebung jemals zustimmen könnte, ist völlig ausgeschlossen. Nach der Volksabstimmung muß dann der Völkerbund die Endentscheidung treffen, und dann erst hat Deutschland die Saargruben zurückzukaufen. Die Bezahlung braucht noch nicht einmal in bar zu erfolgen, sondern es ist die Bestellung einer ersten Hypothek zulässig. Man ersieht daraus, daß die Beweisführung des Herrn Ordinaire auf recht schwachen Füßen steht.

Zweifellos sind die Auslassungen Ordinaires als Versuchsballon zu werten; es gibt keinen anderen Weg, als sie aufs schärfste zurückzuweisen. Man kann nur erwarten, daß die französische Delegation in Lausanne sich derartige Gedankengänge nicht zu eigen macht. Sollte dies aber trotzdem geschehen, ist es notwendig, sie in der schärfsten Form als völlig abwegig abzulehnen. Wenn aber auf französischer Seite die Erkenntnis dämmern sollte, daß es im Interesse des französischen Prestiges liegt, an der Volksabstimmung vorbeizukommen, so kann einem solchen Wunsche nur dann Rechnung getragen werden, wenn Frankreich ausdrücklich auf alle Rechte im Saargebiet verzichtet. Jede Forderung nach Kompromissen und Kompensationen beweist nur, daß die Franzosen immer noch nicht erfaßt haben, wie die Dinge wirklich liegen. — Die Saarbevölkerung jedenfalls ist bereit, im Jahre 1935 der deutschen Sache zu einem glänzenden Siege zu verhelfen.

*

Französischer Widerstand

gegen den amerikanischen Abrüstungsvorschlag

Genf, 21. Juni. Die Besprechungen zwischen der amerikanischen, englischen und französischen Delegation sind fortgesetzt worden. Es verlautet, daß man sich bisher u. a. mit dem amerikanischen Vorschlag der Herabsetzung der Effektivbestände bei den Land-, Flotten- und Luftstreitkräften über das Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges, über die Internationalisierung der Zivilluftfahrt und über die englischen Vorschläge auf dem Gebiete der schweren Angriffswaffe unterhalten habe. **Es bestätigt sich erneut, daß die Amerikaner mit ihrem Vorschlag auf ziemlich starken Widerstand bei der französischen Delegation stoßen.** Andererseits weiß man, daß die Amerikaner sich mit dem Gedanken der Internationalisierung der Zivilluftfahrt keinesfalls befreunden können.

*

Eine amerikanische Erklärung

Lausanne, 21. Juni. Ein gewisses Aufsehen erregte eine am Montag in den späten Abendstunden stattgefundene **Zusammenkunft zwischen Herriot und dem amerikanischen Delegierten in Genf, Gibson.** Sie fand in Morges unweit Lausanne statt. Dabei hat gutem Vernehmen nach Gibson Herriot erklärt, **wenn Frankreich die amerikanischen Wünsche in Bezug auf die quantitative Abrüstung nicht erfülle, so könne es nicht erwarten, daß Amerika die Kriegsschulden streiche; denn die Last dieser Schulden betrage nur einen Bruchteil derjenigen der Rüstungsausgaben.** Diese Erklärung ist insofern besonders bemerkenswert, als sie zum erstenmal aus einem berufenen amerikanischen Munde in diesem Zusammenhang eine Bezugnahme auf die Notwendigkeit oder Möglichkeit einer Kriegsschuldenstreichung enthält.

Ein amerikanischer Abrüstungsvorschlag

Genf, 21. Juni. Von maßgebender amerikanischer Seite wird bestätigt, daß **die amerikanische Delegation fest entschlossen ist, die europäischen Mächte vor klare Entscheidungen in der Abrüstungsfrage zu stellen.** Es ist kein Geheimnis, daß die Amerikaner über den schleppenden Gang der Abrüstungskonferenz schon lange enttäuscht sind. Sie befürchten offenbar, daß bei gewissen europäischen Mächten der Wille nicht sehr groß ist, die immensen Rüstungsausgaben wirksam einzuschränken, und sie lassen hier keinen Zweifel, daß man von ihnen ein Entgegenkommen in der ganzen Frage nicht erwarten könne, wenn die Abrüstungskonferenz nicht schon bald zu materiell bedeutsamen Ergebnissen führe. Man weist darauf hin, daß die Lage des französischen Budgets Frankreich keine andere Wahl lasse, als gewisse Abstriche am Heeresbudget vorzunehmen, wehrt sich aber dagegen, daß solche rein zwangsläufigen Abstriche dadurch, daß man sie verallgemeinern müßte, als eine wirksame Abrüstungsmaßnahme betrachtet werden.

*

Die amerikanisch-französische Unterredung in Morges

Lausanne, 21. Juni. Zu dem Zusammentreffen, das auf Wunsch des amerikanischen Hauptdelegierten auf der Abrüstungskonferenz, Gibson, mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot und dem französischen Kriegsminister Paul-Boncour nachts in dem Städtchen Morges am Genfer See stattgefunden hat, hört man folgende Einzelheiten: Gibson soll den amerikanischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage nocheinmal dargelegt haben. Darauf soll der französische Ministerpräsident erklärt haben, **die amerikanische These von der quantitativen Abrüstung sei für Frankreich völlig unannehmbar. Man könne vielleicht über qualitative Abrüstung reden, aber man müsse die quantitative Frage aus dem Spiel lassen. Demgegenüber soll Gibson wiederholt haben, daß Amerika zu einem positiven Resultat kommen will.** Wenn Frankreich in der Frage seiner Verpflichtungen an Amerika etwas erreichen wolle, so müsse es seinerseits zu Opfern bereit sein.

*

Gibson erklärt, er habe nur über Abrüstung verhandelt

T.U. **Lausanne**, 21. Juni. Der amerikanische Botschafter Gibson erklärte nach der Unterredung mit Macdonald der internationalen Presse, er lege großen Wert auf die Feststellung, daß in der Unterredung ausschließlich Abrüstungsfragen besprochen worden seien. Die Reparationsfrage sei mit keinem einzigen Wort in der Besprechung erwähnt worden.

Es besteht jetzt allgemein kein Zweifel mehr, daß die amerikanische und die englische Regierung gegenwärtig auf die französische Delegation den stärksten Druck ausüben, damit sie in der Abrüstungsfrage ihren bisherigen Standpunkt aufgibt und durch Zugeständnisse eine Einigung ermöglicht. Die fortgesetzt stattfindenden Abrüstungsbesprechungen in Lausanne und Genf werden hier allgemein als eine neue starke Belebung der Abrüstungsfrage aufgefaßt, die neue Entscheidungen in der allernächsten Zeit heranreifen läßt. Jedoch haben alle diese Besprechungen bisher ohne die deutsche, italienische und sowjetrussische Teilnahme stattgefunden. Reichskanzler von Papen stattete am Dienstag nachmittag dem belgischen Ministerpräsident Renkin einen Besuch ab.

*

Vor der Ueberreichung einer deutschen Tributdenkschrift

T.U. **Lausanne**, 21. Juni. Die deutsche Regierung wird, wie die Telegraphen-Union erfährt, dem Präsidenten der Tributkonferenz, Macdonald, eine schriftliche Aufzeichnung überreichen, in der der Standpunkt der deutschen Regierung in der Tributfrage in allen Einzelheiten dargelegt und der Nachweis der vollständigen Unmöglichkeit weiterer Tributzahlungen für Deutschland geführt wird. Diese Aufzeichnung kann als eine vertiefte Darstellung derjenigen Gesichtspunkte angesehen werden, die der Reichskanzler von Papen in seiner ersten großen Rede vor der Vollsitzung der Reparationskonferenz am Freitag gehalten hat. Die Ueberreichung der Aufzeichnung an Macdonald erfolgt im Hinblick auf die Vermittlerrolle, die die englische Regierung in den gegenwärtigen Verhandlungen in Lausanne übernommen hat.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die französischen Tributvorschläge

T.U. **Lausanne,** 21. Juni. Die Tributvorschläge, die der französische Ministerpräsident Herriot in seinen heutigen beiden mehrstündigen Unterredungen Macdonald mitgeteilt hat, sehen, wie von unterrichteter französischer Seite mitgeteilt wird, zwei Perioden vor. In der ersten Periode, die einen Zeitraum von zwei bis fünf Jahren umfassen soll, soll ein vollständiger Zahlungsaufschub für sämtliche Tributleistungen Deutschlands erfolgen. In der zweiten fristmäßig vorläufig nicht zu bestimmenden Periode soll unter Berücksichtigung einer Gesundung der deutschen Wirtschaftslage eine Teilzahlung Deutschlands erfolgen. Die vollständige Erfüllung des Youngplanes wird von der französischen Regierung nicht mehr gefordert, jedoch verlangt sie, daß nach Ueberwindung der deutschen Wirtschaftskrise eine neue Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit und Festsetzung einer Abschlußzahlung Deutschlands erfolgt.

In der Unterredung mit Macdonald hat Herriot am Dienstag ausdrücklich erklärt, daß von einem vollständigen Verzicht Frankreichs auf die Tributzahlungen nicht die Rede sein könne und daß die französische Regierung in diesem Punkt unter gar keinen Umständen nachgeben könne. Die französische Regierung sei zweifellos im gesamteuropäischen Interesse an einem deutschen Wohlergehen interessiert, könne aber nicht zulassen, daß die Interessen der übrigen europäischen Länder den Interessen Deutschlands zum Opfer gebracht würden.

*

Besprechung der deutsch-französischen Wirtschaftsfragen in Lausanne

T.U. **Lausanne,** 21. Juni. Von deutscher Seite wird mitgeteilt, daß in der gestrigen Unterredung des Reichswirtschaftsministers Warmbald, mit dem englischen Handelsminister Runciman und in der heutigen Unterredung mit dem französischen Handelsminister Durand die großen Weltwirtschaftsprobleme in allen Ländern, die Währungsfragen, der Handels- und Warenaustausch, die Devisenfrage, sowie sämtl. den gegenwärtigen internationalen Güteraustausch störenden Bestimmungen erörtert worden seien. Ueber den näheren Inhalt der Unterredung werden keine Mitteilungen gemacht. Mit dem französischen Handelsminister Durand sind jedoch im besonderen die deutsch-französischen Wirtschaftsfragen behandelt worden. Aus dieser Unterredung hat sich von deutscher Seite der Eindruck ergeben daß sich in Frankreich gegenwärtig ein lebhafteres Interesse an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit geltend macht. Es ist in Aussicht genommen, daß zwischen den wirtschaftlichen Sachberatern der deutschen und der französischen Abordnung noch in dieser Woche ein eingehender Gedankenaustausch über die gesamten deutsch-französischen Wirtschaftsfragen stattfindet, an dem sich sodann eine Unterredung zwischen dem französischen Handelsminister und dem Reichswirtschaftsminister anschließen wird.

*

Die Verhandlungen über die Tributfrage nunmehr im Stadium „unmittelbarer Verhandlungen"

T.U. **Lausanne,** 21. Juni. Die Tributfrage ist nach Mitteilungen von deutscher Seite nunmehr in das Stadium unmittelbarer Verhandlungen getreten. Der englische Ministerpräsident Macdonald hat als Konferenzleiter in seiner gestrigen Unterredung mit den deutschen Ministern die Wünsche anderer Abordnungen zum Ausdruck gebracht. Diese Wünsche bewegen sich in der Richtung, daß im Falle einer Endregelung der Reparationsfrage eine Abschlußzahlung Deutschlands erfolgt. Hierbei werden verschiedene Pläne bereits genannt, die jedoch offiziell der deutschen Abordnung bisher nicht bekannt sind. Die deutsche Delegation ist unterrichtet, daß sie mit dem Vorschlag der Abschlußzahlung zu rechnen habe.

Die Einstellung der deutschen Regierung zu diesen Plänen ergibt sich eindeutig aus den Erklärungen des Reichskanzlers in der Vollsitzung der Konferenz am vorigen Freitag. Zu dem Vorschlag der Verpfändung deutscher Eisenbahn- und Industriebonds wird auf deutscher Seite ausdrücklich darauf hingewiesen, die Auffassung sei irrtümlich, wenn auf anderer Seite angenommen werde, daß irgend ein Teil der deutschen Wirtschaft herausgenommen werden könne und für besondere Zahlungen an das Ausland verwendet würde. Es handele sich lediglich um die Frage, ob die gesamte deutsche Wirtschaft in Zukunft überhaupt noch zu irgendwelchen Tributzahlungen fähig sein werde, nicht aber um die Frage, ob irgendein einzelnes deutsches Unternehmen mit Gewinn arbeite.

Die jetzt begonnenen Besprechungen über die Tributfrage würden vorläufig mit Macdonald in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Obwohl sich die Gegensätze gegenwärtig noch weiter verschärften, liege auf deutscher Seite nicht der geringste Anlaß zu irgendwelcher Nervosität vor.

In der Frage der österreichischen Anleihe wird auf deutscher Seite ausdrücklich betont, daß die deutsche Regierung selbstverständlich nicht die Absicht habe, die Finanzhilfe für Oesterreich zu sabotieren. Im Gegenteil sei die deutsche Regierung durchaus bereit, daran mitzuarbeiten, falls bestimmte Voraussetzungen erfüllt seien, insbesondere falls der Hinweis auf das Genfer Protokoll fallen gelassen werde. Die Frage, ob die Anleihe tatsächlich zustande kommen werde, sei jedoch noch in der Schwebe.

Die Reichsregierung vor wichtigen positiven Maßnahmen

T.U. **Berlin,** 21. Juni. Nachdem durch die beiden ersten Notverordnungen nur eine Glattstellung der von der Regierung Brüning zurückgelassenen schwierigen Finanzlage erfolgt ist, wird das Reichskabinett nach der Rückkehr des Kanzlers und der Minister aus Lausanne wichtige positive Maßnahmen durchführen. Die entsprechenden Vorarbeiten werden bereits in den betreffenden Ministerien geleitet.

Die Verabschiedung des Reichshaushalts durch Notverordnung muß bis zum 30. d. M. erledigt sein. Schwierigkeiten sind dort nicht mehr zu erwarten. Der Reichshaushalt wird in wenigen Tagen bereits vom Reichsrat verabschiedet sein, so daß man unter Umständen noch für Ende dieser Woche bezw. für Anfang nächster Woche unmittelbar nach der Rückkehr von Papens die betreffende Notverordnung erwarten kann.

Als wichtige Aufgabe kommt dann die Frage der Arbeitsbeschaffung und der Siedlung in Betracht. Die größten Schwierigkeiten macht hier die Frage der Finanzierung des Programms, da im Reichshaushalt nur unzulängliche Summen vorgesehen sind. Der Gedanke einer Prämienanleihe soll nicht wieder aufgegriffen werden, da man sich von einer solchen Anleihe nichts verspricht.

In der Frage der Siedlung dürfte man sehr viel weniger weit gehen, als das frühere Kabinett es beabsichtigte. Die von Brüning geplante Enteignung großer Güter im Osten wird die neue Regierung nur in erheblich geringerem Umfange durchführen, weil sie auf dem Standpunkt steht, daß alle Gutsbetriebe, die noch gerettet werden können, auch gerettet werden müssen. Unter allen Umständen soll vermieden werden, daß eine große Zahl von Gütern durch den Konkurs getrieben werde, weil in diesem Fall ja nicht nur die betreffenden Landwirte betroffen würden, sondern alle Gläubiger, d. h. also Sparkassen, Händler, Gewerbetreibende, Handwerker. Wenn es dazu führe, daß sogar Sparkassen und Genossenschaften ihre Schalter schließen müßten, würde es zu einer unübersehbaren Notlage in den betreffenden Gebieten kommen.

In der Frage der Arbeitsbeschaffung denkt man daran, führende Männer auf diesen Gebieten zu einem Ausschuß zusammenzurufen, um auch deren Ansicht zu hören. Der von einer Berliner Zeitung bereits genannte Oberst Hierl von der N.S.D.A.P. wird sicher zu diesem Ausschuß gehören. Es sollen aber in gleicher Weise auch Persönlichkeiten aus anderen politischen Lagern hinzugezogen werden.

Auch die Frage der organischen Umgestaltung der sozialen Fürsorge wird in Angriff genommen werden. Die zweite Notverordnung hat nur die finanzielle Grundlage für den weiteren Fortbestand überhaupt gesichert. Jetzt sollen durch Verwaltungsvereinfachung weitere Ersparnisse erzielt werden. Dabei denkt man zunächst nicht daran, irgendeine Form der Versicherung oder irgendeine Art der Kassen aufzuheben, sondern man will z. B. die Anzahl der verschiedenen Kassen permindern.

Auch der Gedanke der Neugründung von Sportverbänden unter Reichsaufsicht wird wieder aufgegriffen werden. Man wird auch hier schon bald mit positiven Plänen an die Oeffentlichkeit treten.

Vor der neuen Länderkonferenz

Neue Notverordnung möglich — Energische Fortsetzung der Reichspolitik

Berlin, 21. Juni. In politischen Kreisen sieht man mit großem Interesse der Konferenz des Reichsinnenministers mit den Vertretern der Länder am Mittwoch entgegen. Man rechnet mit einer eingehenden Aussprache über die innenpolitischen Spannungen, die im Verhältnis von Reich und Ländern wegen der Notverordnung gegen das Uniformtragen eingetreten sind. Die Situation hat sich zudem durch die kommunistischen Ausschreitungen verschärft, die namentlich aus Rheinland und Westfalen gemeldet worden sind.

Der Reichsinnenminister wird den Vertretern der Länder in der Besprechung zunächst auseinandersetzen, daß es **für das Reich einfach unerträglich ist, wenn in dem Augenblick, in dem der Reichspräsident eine Notverordnung erläßt, von den Ländern gegenteilige Bestimmungen getroffen werden.** Als besonders kraß sieht man in Berlin das Vorgehen Badens an, wo nicht einmal die Ereignisse, wie in München, einen konkreten Anlaß zu dem Uniformverbot gegeben haben.

Was dann weiter geschieht, hängt von der Stellungnahme der Länder ab. In einem Teil der Berliner Abendpresse wird bereits von der Möglichkeit gesprochen, daß der Reichspräsident eine neue Notverordnung erläßt, durch die die Ermächtigung zu Uniformverboten der Reichsregierung vorbehalten wird. Auf alle Fälle aber muß betont werden, daß eine solche Notverordnung durchaus im Rahmen der Reichsverfassung in die Zuständigkeit des Reichspräsidenten fällt.

Der Reichsinnenminister nimmt Fühlung mit den Verbänden

T.U. **Berlin,** 21. Juni. Der Reichsminister des Innern hat sich mit der Führung der N.S.D.A.P., des Stahlhelms, des Reichsbanners Schwarzrotgold, des Jungdeutschen Ordens, des Werwolfs und der Kreuzschar in Verbindung gesetzt, um sicherzustellen, daß diejenigen Bestimmungen beachtet werden, die der Reichsminister des Innern aufgrund der Verordnung vom 14. Juni 1932 für erforderlich hält.

Die Brotgetreideversorgung bis Schluß des Erntejahres gesichert

T.U. **Berlin,** 31. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Auf Grund der gegenwärtigen Marktlage muß die Versorgung mit Brotgetreide bis zum Schluß des Erntejahres als gesichert gelten. Die Reichsregierung hält es deshalb nicht für erforderlich, die bis zum 30. Juni ds. Js. geltende Regelung für die Zollverbilligte Einfuhr von Weizen zu verlängern. Auch beim Roggen ist die Versorgungslage so günstig, daß die Einfuhr weiterer zusätzlicher Roggenmengen nicht notwendig erscheint. Eine Brotverteuerung wird nach wie vor nicht eintreten. Die getroffenen Maßnahmen sind jedoch von dem entschlossenen Willen diktiert, alle Voraussetzungen zu schaffen, die im Interesse einer angemessenen Verwertung der neuen Ernte unerläßlich sind.

Der Arbeitsmarkt

Nur geringe Entlastung im Reich

Berlin, 21. Juni. Der Arbeitsmarkt hat in der ersten Junihälfte nur **eine geringfügige Entlastung** erfahren. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 15. Juni nach den Meldungen der Arbeitsämter rund **5 569 000** und lag somit um rund 14 000 unter dem Stande am 31. Mai. Dieser Rückgang wäre stärker, wenn nicht der saisonmäßigen Entlastung eine Verschlechterung in den überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen entgegengewirkt hätte. Seit dem Höchststande des Winters ist eine Abnahme von rund 560 000 Arbeitslosen zu verzeichnen, während im Vorjahre die Frühjahrsentlastung, die allerdings schon um einen Monat früher einsetzte, bis Mitte Juni sich auf rund 990 00 belaufen hatte.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der **Arbeitslosenversicherung** hat wieder etwas stärker, und zwar um rund 74 000 abgenommen und betrug am 15 Juni rund **1 003 000.** In der **Krisenfürsorge** wurden die durch Aussteuerung oder durch Arbeitsaufnahme entstehenden Abgänge nahezu ausgewogen durch die Zugänge aus der Versicherung, sodaß nach einem Rückgang um rund 8000 Mitte des Monats **rund 1 573 000 Krisenunterstützte** gezählt wurden. Die gekennzeichnete Entwicklung läßt vermuten, daß die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, die Ende Mai rund 2 086 000 betragen hatte, inzwischen weiter gestiegen ist.

*

Auch in Süddeutschland nur geringe Entlastung

In der ersten Hälfte des Juni sind bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern nochmals 4252 arbeitsuchende Männer in Abgang gekommen, während auf dem Arbeitsmarkt für Frauen 809 neu dazu gekommen sind. Der Gesamtbestand an arbeitsuchenden Personen betrug am 15. Juni 308 587, davon kamen 126 041 auf **Württemberg und Hohenzollern** und 182 546 auf **Baden.** Von den Arbeitsuchenden waren 294 483 als arbeitslos anzusehen, und zwar 118 231 in Württemberg und 176 252 in Baden. Die Belastung der Unterstützungseinrichtungen ist in der Arbeitslosenversicherung um 5995 Hauptunterstützungsempfänger und in der Krisenfürsorge um 476 zurückgegangen.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[39

„In unserem Wohnzimmer, beim Frühstück."

„Und dann — wissen Sie, was er dann unternehmen wollte?"

„Darüber kann ich Ihnen eigentlich keine Auskunft geben. Ich hatte noch Post zu erledigen, hatte mit John weiter nichts besprochen. Unser Schiff sollte heute nachmittag den Hafen verlassen."

In diesem Augenblick klingelte das Haustelephon. Der Portier meldete, daß ein Page gesehen habe, daß John Frank vor etwa einer halben Stunde das Hotel verlassen hatte.

George teilte den Beamten die Nachricht mit.

„Wir müssen sofort weg, ihm nacheilen", sagte Mister Dumont hastig. „Wir dürfen keine Zeit verlieren. Entschuldigen Sie, Mister Frank."

George war allein. Wie ein wüster Traum kam ihm das alles vor. Er konnte es immer noch nicht glauben. Es mußte ein Irrtum vorliegen. Gleich würde er erscheinen, der Junge, und sich totlachen über die ganze Geschichte.

Aber er kam nicht. Viertelstunde verging um Viertelstunde. George Frank saß noch immer reglos da und wartete.

Die Gedanken rasten. Es schien also wirklich wahr zu sein: John war geflüchtet, hatte Unheil geahnt. John war eine Frau und kein Mann. Ein junges, schönes Mädchen hatte die ganzen Jahre über bei ihm gewohnt, sein Haus geteilt und sein Leben, und er hatte nichts davon geahnt.

Und plötzlich kam das Entsetzen über ihn. Eine Mörderin sollte es sein — dieses zarte, entzückende Geschöpf?! Nein! Nein! Das konnte nicht wahr sein! So konnte er sich in einem Menschen nicht täuschen. Mochte es nun ein Mann sein oder eine Frau — schlecht war dieser Mensch nicht! George Frank kannte sich da besser aus.

Dann lohte eine dunkle Erinnerung auf in George Frank. Er entsann sich jenes Abends, an dem Hugh Bruce zu ihm gekommen war und Lord Grailing, an dem sie von jenem Mord an Lady Wilson erzählt hatten. Damals war ihm die Erregung Johns aufgefallen. Er hatte es auf rein menschliche Empfindungen zurückgeführt. Jetzt schien es, als ob John wirklich etwas von diesem Mord gewußt, als ob er etwas damit zu tun hatte!

Georges Kopf senkte sich tiefer. Wenn das wirklich wahr wäre! Wenn er eine Mörderin bei sich beherbergt hatte! Eine Hochstaplerin war es zweifellos gewesen, die sich unter falscher Maske bei ihm eingeschmuggelt, ihn die ganze Zeit über betrogen hatte.

Und er hatte sich einfangen lassen, hatte sein ganzes Herz an den jungen Menschen gehangen, seine ganze Liebe.

George sah John vor sich, mit den traurigen, suchenden Augen, dem ernsten Mund. Darum also war er so selten fröhlich gewesen, darum hatte er die Einsamkeit gesucht. Man konnte den Verstand verlieren, wenn man über alles nachdachte.

Auf einmal gingen die Gedanken des grübelnden Mannes wieder zu jener Fastnachtstunde zurück. Jähe Glut stieg in George Franks Gesicht. Damals war das Weib in ihr erwacht, hatte nach Erlösung gesucht aus ihrem Scheinleben. Und er, George Frank, hatte in jener Sekunde zum ersten Male in seinem Leben jene Beglückung empfunden, die ein Frauenkuß gewähren kann, das selige Gefühl erwachter Liebe, und er hatte es schwer und enttäuscht zurückdämmen müssen, als er John erkannt hatte.

Jetzt aber stürmte es wieder auf ihn ein; wie ein reißender Fluß, der eisbedeckt in starrer Winterruhe gelegen hatte und, vom Frühlingssturm befreit, dahinraste — so rang sich seine Liebe los in seinem Innern, überfiel ihn mit ungeheurer Macht. Er wußte es mit einem Male: er liebte John, liebte jene Frau, die sich unter seinem Namen versteckt hatte.

Er vergrub das Gesicht in beiden Händen. Was sollte nun werden? Er liebte eine Abenteurerin, eine Verbrecherin, von der er nichts wußte, als die Märchen, die sie ihm erzählt hatte.

Wenn er Klarheit hätte bekommen können; er würde ihr den Betrug verzeihen, den sie die Jahre über an ihm begangen. Vielleicht hatte sie keinen anderen Ausweg gewußt? Vielleicht hatte sie unendlich gelitten? Aber wo war sie jetzt? Wo war Ellinor Grey hingekommen?

George Frank trat ans Fenster, sah hinüber an den Strand.

Dort drüben hatte sich eine Menschenmenge zusammengeballt, eifrig gestikulierend. Unter ihnen sah Frank die Kriminalbeamten. Eine entsetzliche Ahnung befiel den Wartenden.

Er rannte hinaus aus dem Zimmer, die Treppe hinunter, dem Strand zu.

„Und von dem Boot ist nichts mehr zu sehen?" hörte er gerade Mister Drumont fragen.

„Nein, Herr! Der junge Mann fuhr wie rasend, war im Nu so weit draußen, daß er unseren Augen entschwunden war. Ich fürchte — bei dieser bewegten See —, wenn da nur kein Unglück passiert ist..."

George war auf den Bootsverleiher zugestürzt, faßte ihn an den Schultern.

„Was sagen Sie da! Unglück geschehen! Mein John!"

Seine Stimme klang wie zersprungen. Dann schrie er heiser:

„Schnell, ein Motorboot! Ich muß hinaus!"

„Das geht nicht, Herr! Sie können nicht hinaus — bei diesem Seegang!"

„Es muß gehen! Ich muß hinaus, muß John suchen!"

Doktor Drumont mischte sich ein.

„Es ist unmöglich, Mister Frank! Sie müssen es doch einsehen, daß es keinen Sinn hätte, daß Sie sich nur selbst in Gefahr stürzen!"

„Geben Sie mir ein Boot, Mann! Jede Minute ist kostbar! Was kümmert mich das Wetter, wenn John da draußen ist! Ich muß hinaus, um jeden Preis der Welt!"

(Fortsetzung folgt.)